

Satzung

Deutsch-Russisches Zentrum für Technologietransfer e.V.

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen Deutsch-Russisches Zentrum für Technologietransfer e.V.
2. Der Verein soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hannover eingetragen werden.
3. Der Verein führt nach Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in der abgekürzten Form „e.V.“.
4. Der Verein hat seinen Sitz in Hannover.
5. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
6. Der Verein führt in der Kurzform den Namen „DRZT“.

§ 2

Zweck und Aufgaben des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des Technologietransfers zwischen Deutschland und Russland sowie Russland und Deutschland.
2. Der Verein unterstützt russische Unternehmen am deutschen Markt aktiv zu werden und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.
3. Der Verein unterstützt deutsche Unternehmen bei ihren Innovationsprojekten sowie beim Technologietransfer nach Russland sowie bei der Markterschließung und Ansiedlung in Russland.
4. Der Verein wird zur Umsetzung der Vereinsziele in enger Abstimmung mit dem Russisch Deutschen Zentrums für Technologietransfer in Moskau zusammenarbeiten.
5. Der Verein hat das Ziel, Projekte mit denen die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung zwischen Deutschland und Russland gefördert wird, zu initiieren, zu unterstützen und aktiv an ihnen mitzuwirken.
6. Der Verein bemüht sich aktiv für entsprechend innovative Projekte Fördergelder zu erhalten.
7. Die Ergebnisse durchgeführter Projekte werden publiziert, wenn der Veröffentlichung keine anderslautenden Verpflichtungen oder sonstige Hindernisse entgegenstehen.
8. Der Verein kann sämtliche Maßnahmen durchführen, die zur Förderung des Vereinszwecks unmittelbar oder mittelbar geeignet sind.
9. Der Verein verfolgt keinerlei politische und/oder konfessionelle Ziele.
10. Der Verein erbringt und vermittelt Leistungen, um die anzusiedelnden Unternehmen bei der Markterschließung zu unterstützen sowie wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Kooperationen zwischen russischen und deutschen Partnern zu fördern.

11. Der Verein wird insbesondere folgende Leistungen gegenüber den Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen anbieten bzw. vermitteln:

- a. Kontaktherstellung zu wissenschaftlichen Einrichtungen in der Region Hannover und Deutschland
- b. Initiierung von Koordinationen und Kooperationen.
- c. Förderprogramme (Ansiedlungsinitiative)
- d. Marketingunterstützung,
- e. Rechts-, Patent- und Steuerberatung durch Berufsträger
- f. Human Resource Management
- g. Schulungen,
- h. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- i. Sekretariatsleistungen,
- j. Übersetzungen,
- k. Unterstützung der Vereinsmitglieder bei der Visumsbeschaffung (soweit es die Gesetzeslage erlaubt.)

§ 3 Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand
2. die Mitgliederversammlung.

§ 4 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden, den zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister.
2. Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit für die Dauer von vier Jahren bestellt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstands im Amt. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtszeit aus, wählt der Gesamtvorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.
3. Das Amt eines Mitglieds des Vorstands endet mit seinem Ausscheiden aus dem Verein.
4. Verschiedene Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.
5. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Der Vorstand entscheidet über alle Angelegenheiten mit einfacher Mehrheit, sofern nicht das Gesetz oder diese Satzung eine andere Mehrheit festschreiben. Schriftliche Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist zulässig, sofern dem sämtliche Mitglieder des Vorstands zustimmen.
6. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich vertreten (§ 26 BGB).

7. Die Mitgliederversammlung kann einzelne oder alle Vorstandsmitglieder allgemein oder für den Einzelfall vom Verbot des § 181 BGB befreien und/oder Einzelvertretungsbefugnis erteilen.
8. Die Vertretungsmacht des Vorstands ist mit Wirkung gegen Dritte in der Weise beschränkt (§ 26 Abs. 2 Satz 2 BGB), dass für
 - Geschäfte mit einem Umsatzvolumen von mehr als € 10.000,00 (inkl. Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe) im Einzelfall bzw. p.a. die vorherige Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.

§ 5 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand mindestens einmal jährlich einzuberufen.
2. Die Mitgliederversammlung ist ferner einzuberufen,
 - a) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
 - b) auf Verlangen von drei Mitgliedern, sofern das Verlangen schriftlich unter Angabe eines Grundes an den Vorstand gerichtet wurde,
 - c) bei Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstands binnen drei Monaten.
3. Die Einberufung der Mitgliederversammlung hat schriftlich oder per Telefax an die dem Verein von dem jeweiligen Mitglied zuletzt bekannt gegebene Adresse bzw. Faxnummer oder per E-Mail an die letzte dem Verein bekannt gegebene E-Mail-Adresse mit einer Frist von 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Einladung.
4. Die Mitgliederversammlung kann Beschlüsse außer in Mitgliederversammlungen auch schriftlich im Umlaufverfahren fassen, sofern diesem Verfahren sämtliche Mitglieder zustimmen.
5. Der Vorstand hat der nach diesem Paragraphen zu berufenden Versammlung jährlich einen Jahresbericht und eine schriftliche Jahresabrechnung vorzulegen und die Versammlung hat über die Entlastung des Vorstands Beschluss zu fassen.
6. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 % der Mitglieder anwesend oder durch andere Mitglieder aufgrund schriftlicher Vollmacht vertreten sind. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, hat der Vorstand sofort eine weitere Versammlung mit derselben Tagesordnung unter Wahrung der in Ziffer 3 dieses Paragraphen genannten Form und Frist einzuberufen, die unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.
7. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit, sofern nicht durch Gesetz oder diese Satzung eine abweichende Bestimmung getroffen wird. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

8. Die Mitgliederversammlung hat die Aufgabe, die Verwaltung des Vereins zu überwachen. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Maßnahmen des Vereins der Erfüllung des Satzungszweckes dienen. Die Mitgliederversammlung beschließt über alle Angelegenheiten, die nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen sind.
9. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in einem schriftlichen Protokoll festzuhalten, das vom Vorsitzenden des Vorstandes oder dessen Vertreter unterschrieben wird. Jedes Vereinsmitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.
10. Die Mitgliederversammlung kann jederzeit vom Vorstand Unterrichtung über alle den Verein betreffenden Vorgänge und Einsicht in alle Unterlagen des Vereins verlangen.

§ 6 Beschlussfassung

1. Es wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens fünf der Anwesenden ist schriftlich und geheim abzustimmen.
2. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen (anwesenden) Mitglieder.
3. Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen (anwesenden) Mitglieder erforderlich.
4. Zur Änderung des Zwecks des Vereins (§ 2 der Satzung) ist die Zustimmung sämtlicher Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
5. Stimmenthaltungen und bei schriftlicher Abstimmung ungültig abgegebene Stimmen zählen für die Mehrheiten der erschienenen Mitglieder als Nein-Stimmen.

§ 7 Eintritt in den Verein / Mitgliedsbeitrag

1. Dem Verein können natürliche Personen und juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts als Mitglieder angehören.
2. Die Aufnahme bedarf der Zustimmung des Vorstandes. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder des Vorstandes.
3. Die Mitgliedschaft entsteht durch Eintritt in den Verein.
4. Die Beitrittserklärung ist schriftlich vorzulegen.
5. Die Ablehnung durch den Vorstand und / oder die Mitgliederversammlung ist nicht anfechtbar.
6. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Ziffer 2 dieses Paragraphen geht insoweit vor.
7. Eine einmalige Aufnahmegebühr wird je Unternehmen durch den Vorstand festgelegt, die Bemessungsgrundlage wird das individuell erforderliche Leistungspaket sein. Die Mindestaufnahmegebühr beträgt 500,00 €

Satzung

Deutsch Russisches Zentrum für Technologietransfer e.V.

8. Der Mitgliedsbeitrag für Unternehmen, Universitäten / wissenschaftlichen Einrichtungen beträgt 500,00 € pro Jahr.
9. Der Mitgliedsbeitrag wird auf der ersten Mitgliederversammlung detailliert für die Unternehmensgrößen und –Gesellschaftsformen definiert.
10. Der Jahresbeitrag für Privatpersonen beträgt 200,00 € pro Jahr.

§ 8

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder haben keinen Anspruch auf die Nutzung des Vereinsvermögens.
2. Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Vereinsversammlungen teilzunehmen und den Zweck des Vereins durch ihr Wirken in der Öffentlichkeit zu fördern.
3. Die Mitglieder können für die unter § 2 aufgeführten Leistungen Sonderkonditionen nutzen die der Verein mit Partnerunternehmen für seine Mitglieder vereinbart hat.

§ 9

Austritt aus dem Verein

1. Der Austritt ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem halben Jahr jeweils zum 30.06. bzw. 31.12. eines jeden Jahres zulässig.
2. Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären. Zur Einhaltung der Kündigungsfrist ist rechtzeitiger Zugang der Austrittserklärung an ein Mitglied des Vorstands erforderlich.
3. Die gezahlte Aufnahmegebühr und die gezahlten Mitgliedsbeiträge werden nicht erstattet.

§ 10

Ausschluss aus dem Verein

1. Die Mitgliedschaft endet außerdem durch Ausschluss oder bei natürlichen Personen durch Tod.
2. Der Ausschluss aus dem Verein ist nur bei wichtigem Grund zulässig. Ein wichtiger Grund im Sinne dieser Vorschrift liegt insbesondere vor, wenn
 - a) ein Mitglied die Interessen des Vereins oder dessen Ansehen in der Öffentlichkeit schädigt,
 - b) ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Anordnungen der Vereinsorgane verstößt,
 - c) die ihm obliegenden Pflichten als Mitglied des Vereins nicht erfüllt.
3. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstands die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
4. Der Vorstand hat seinen Antrag dem auszuschließenden Mitglied mindestens einen Monat vor der Versammlung schriftlich mitzuteilen.
5. Eine schriftlich eingehende Stellungnahme des Mitglieds ist in der über den Ausschluss entscheidenden Mitgliederversammlung zu verlesen.
6. Der Ausschluss des Mitglieds wird sofort mit der Beschlussfassung wirksam.
7. Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich eingeschrieben bekannt gemacht werden.

§ 11

Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann auf Antrag des Vereinsvorstandes oder der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Beschluss erfordert die Anwesenheit von 3/4 der stimmberechtigten Mitglieder und eine 3/4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
2. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so erfolgt innerhalb von vier Wochen die Einberufung einer neuen Versammlung, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit 3/4 Mehrheit der abgegebenen Stimmen die Auflösung beschließen kann. Im Falle der Auflösung findet die Liquidation statt, die der zuletzt amtierende Vereinsvorstand als Liquidator durchzuführen hat.
3. Über die Verteilung des Vermögens beschließt die letzte Mitgliederversammlung.

Hannover, den 27. Oktober 2006

Die Gründungsmitglieder

Fr. Ludmila Popova

MSPITT (Internationaler Verband der Gerätebauingenieure und Spezialisten in Informations- und Telekommunikationstechnologien) vertreten durch Vizepräsidentin Ludmila Popova

Fr. Tatjana Nelina

Hr. Alexander Schaschin

Hr. Andreas Heinbokel

Hr. Boris Lokschin

Hr. Dr. Ernst Stangneth

Hr. Jürgen Kreyenberg

Hr. Dr. Yuri Kalafati

Hr. Peter Wilts